



## Berliner ABiD-Erklärung 2018

### Stigmatisierung ächten – Menschenrechte verwirklichen

Angesichts der aktuellen Situation verlangen wir von der Bundesregierung, ihre behindertenpolitische Passivität umgehend aufzugeben und sie stattdessen konsequent menschenrechtsbasiert weiterzuentwickeln. Es geht um unser verbrieftes Recht auf volle Teilhabe, auf freie Persönlichkeitsentfaltung, auf stigmatisierungs- und diskriminierungsfreien Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Kosmetische Korrekturen einzelner besonders absurder bzw. unzeitgemäßer Regelungen reichen bei weitem nicht aus. Die Richtung – man kann auch sagen: die Grundeinstellung – muß geändert werden!

- vom „Armenrecht“ zum Menschenrecht
- von gönnerhafter „Fürsorge“ zu nachteilsausgleichenden Ansprüchen
- von „still, satt & sauber“ zu Teilhabeermöglichung
- von Defizitpflege zu freier Persönlichkeitsentfaltung
- von stigmatisierender Aussonderung zu aktivierender Inklusion
- von würdeverletzender Diskriminierung zu realer Gleichstellung
- von bevormundender Behördenwillkür zu selbstbestimmter Lebensgestaltung

Die vergangene Wahlperiode war bundespolitisch von Alibi-Politik geprägt, die inhaltlichen Stillstand und sogar Rückschritte nur oberflächlich kaschierte. Die nunmehr seit einem Monat neu ins Amt getretene Regierung ließ bisher leider nicht erkennen, daß sie ernsthaft vorhätte, Behindertenpolitik aus der Menschenrechts-Perspektive zu betreiben. Das aber wäre ihre Pflicht, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt. Inzwischen werden sogar offen behindertenfeindliche, stigmatisierende und diskriminierende Äußerungen wieder „hoffähig“. Eine Kleine Anfrage der AfD im Bundestag (Drs. 19/1444) erinnert stark an die ideologische und propagandistische Vorbereitung der „Euthanasie“-Morde durch die Nazis. Indem behindertes Leben abgewertet und – zumindest im Subtext – als „unwert“ bezeichnet wird, gefährdet es unsere Daseins-Berechtigung. Wer meinte, dieses Denken – und das darauf folgende Handeln – sei längst überwunden, muß spätestens jetzt den Irrtum erkennen!

Wir rufen die gesamte Gesellschaft auf:

**Laßt uns jegliche Stigmatisierung ächten!**  
**Laßt uns jegliche Diskriminierung bestrafen!**  
**Laßt uns Chancengerechtigkeit durch Nachteilsausgleiche schaffen!**  
**Laßt uns selbstbestimmte Teilhabe und freie Persönlichkeitsentfaltung genießen!**

Die Delegierten des 20. Verbandstages des ABiD machen sich diese Erklärung zu Eigen.

Berlin, 21. April 2018

Web: [www.abid-ev.de](http://www.abid-ev.de)  
E-Mail: [kontakt@abid-ev.de](mailto:kontakt@abid-ev.de)  
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE11100205000003322500  
BIC: BFSWDE33BER  
Steuernummer 27/660/59426  
Amtsgericht: Charlottenburg Nz13014

Mitgliedschaften:  
Deutscher Behindertenrat  
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge  
Tourismus für Alle Deutschland e.V. (NatKo)  
ForseA e.V.  
Aktionsbündnis Teilhabeforschung